

RAINER RILLING

# Finanzmarktkrise - Ende des Neoliberalismus? Und die Linke?

**Sozialismus: das ist, wenn Banken ohne Kompensation nationalisiert werden, schrieb dieser Tage der amerikanische Blogger voyou. Das ist romantisch, hat aber eine Wahrheit. Und dass die Linke mit ihrer Einschätzung der Unhaltbarkeit des neoliberalen Entwicklungsmodells recht hatte und die Finanzmärkte nicht mehr bloß stottern, sondern ungeheure Risiken produzierten und Mittel fehl leiteten, ist offensichtlich. Aber die Krisenlösung, die jetzt geschieht, stärkt nicht das Öffentliche, sondern schwächt es. Die Linke aber hat eine große Chance.**

## Wall Street statt Main Street

Oder ist die »Sozialisierung der Verluste« etwas anderes als eine erneute ungeheure Umverteilung und Entwertung öffentlicher Mittel? In allen Staaten der Welt werden die Budgets auf ähnliche Weise neu geschrieben. Am 23.9., mitten in der Finanzkrise also, kündigte der New Yorker Milliardär und Bürgermeister Michael Bloomberg eine Kürzung der öffentlichen Ausgaben der Stadt um 1,5 Mrd. \$ an. Die Bloomberg-Paulsen-Bush tun schlicht dasselbe, was die Bechtels und Halliburtons schon immer taten und tun, wenn es denn klappt: die öffentlichen Haushalte plündern und im aktuellen Fall des Staatsaufkaufs »fauler« und »vergifteter« Papiere sie auch noch in den größten Abfalleimer der Weltgeschichte verwandeln.

Wird hier nicht wie immer auf das uralte »Argument« zurückgegriffen, man dürfe die Kuh, die Milch gibt nicht schlachten? Die Trickle-Down-Economy retten? Um Main Street zu retten brauchen wir die Wall Street? *What's good for Goldman Sachs is good for America? Welfare for the Rich? Public-Private Partnership* ist wohl der blöde neue Name dieser staatsmonopolistischen Form von Arbeitsteilung. Die aus dem Immobilienmarkt kommende Kreditmarktkrise ließ immer mehr Banken in die Insolvenz abrutschen. Sie sollen mit öffentlichen Mitteln rekapitalisiert werden. Je mehr

vom »Finanz-Tsunami« (AIG-Chef Martin Sullivan), desto mehr öffentliches Geld gibt es. Und wo die einschlägigen Abteilungen der öffentlichen Hand selbst im neoliberalen Strudel stecken (ob Landesbanken oder Tausende von Kommunen), sollen sie sich gefälligst selbst befreien.

Es geht also nicht um die Refinanzierung der wirklich *Enteigneten* und um eine Ausgabe gesellschaftlichen Kapitals für die öffentliche und soziale Infrastruktur. Nicht darum, die Rentner und Alten zu unterstützen, deren private Altersvorsorge mit dem *Absturz* des Aktienmarktes evaporiert. Die US-Pensionsfonds haben in den letzten 15 Monaten über zwei Billionen Dollar an Wert verloren, was bedeutet: Wer noch Arbeit hat, muss länger und für weniger Geld arbeiten, wer keine Arbeit hat, verelendet schneller und/oder gründlicher. Rund ein Drittel des angelegten Vermögens in der Welt steckt in den Pensionsfonds, woran Michael Schlecht jüngst erinnerte (FR vom 9.10.2008). Warum also soll eigentlich ein System kaum modifiziert saniert werden, das weite Strecken der Wirtschaft verelenden ließ und diese Wirtschaft periodisch grundlegenden Krisen aussetzt - man denke an die Finanzkrisen der letzten zwei Jahrzehnte oder an das Platzen der *new economy*, bei der 7 Billionen \$ verschwanden? Als ob nicht jeder wusste, dass die Finanzblase platzen würde - weshalb man Geld machte bis zur letzten Sekunde! Schließlich war es lange gut genug gegangen, wie Martin Wolf in der *Financial Times* schreibt: »Die USA sehen selbst fast wie ein gigantischer Hedgefonds aus. Der Anteil der Profite der Finanzunternehmen an den gesamten Unternehmensgewinnen (nach Steuern) sprang von weniger als 5 % im Jahr 1982 auf 41 % im Jahr 2007.«<sup>1</sup>

1 <http://blogs.ft.com/wolfforum/2008/02/why-it-is-so-hahtml/>

## Ein paar Turbulenzen bei den Reichen

Dass jetzt sogar eine Handvoll Superreiche angesichts der *Turbulenzen*<sup>2</sup> in *Schwierigkeiten* kamen, wie Frank in seinem Reichtumsblog des *Wall Street Journal* schreibt<sup>3</sup>, ist wirklich schlimm. Luxuskonzerne verbuchen geringfügige Einbußen des Umsatzwachstums an Juwelen, SUVs, Lederaccessoires und Privatjets. Stattdessen wird in den neuen Schnäppchenmarkt Immobilien investiert. Die Berater der *Finanzwonderboys* werden gewechselt und deren Politiker dazu: Ciao, »Genosse Bush« (Chavez)<sup>4</sup>. Und man arbeitet an der Unterscheidung zwischen guten und schlechten Milliardären<sup>5</sup>. Donald Trump und Steven Spielberg, Steve Jobs und Bill Gates, Tiger Woods und Martha Stewart sind gute Reiche, die Wall Street Milliardäre sind schlechte »greedy« Billionaires – so soll vergessen werden, dass es sich hier zweifellos um *systemrelevante* Milliardäre handelt<sup>6</sup>. Schließlich ist der Neoliberalismus keine Kompilation privater Gierköpfe, sondern (unter anderem) Resultat und Begleiterscheinung der Verlagerung der Kapitalmacht und -akkumulation auf einen Finanzmarktsektor.

## Verbitterung bei den Gläubigen

Für die entsetzten neoliberalen Überzeugungsrechten<sup>7</sup> dürfte dies freilich ein Symboldatum ersten Ranges gewesen sein. Schließlich sehen sie nicht nur einfach Wallstreet dem Bolschewismus anheimfallen, Senator Jim Bunning etwa: »*financial socialism, it is un-American*« oder der Ökonom Roubini: für ihn sind George Bush, Henry Paulson und Ben Bernanke »*a troika of Bolsheviks who turned the USA into the United Socialist State Republic of America*«. Oder endlich der Venturekapitalist Bill Perkins, der in einer Anzeige in der *New York Times* den »*trickle-down communism*« beklagte. Merke: in den USA droht der Sozialismus immer und überall. Unvergessen etwa Alan Greenspans Furcht<sup>8</sup>, dass Haushaltsüberschüsse in private Firmen angelegt werden könnten und so der Sozialismus durch die Hin-

2 Boston Consulting Group: A Wealth of Opportunities in Turbulent Times. Global Wealth 2008, Boston 2008 [http://www.bcg.com/impact\\_expertise/publications/files/Global\\_Wealth\\_ES\\_Sept\\_2008.pdf](http://www.bcg.com/impact_expertise/publications/files/Global_Wealth_ES_Sept_2008.pdf)

3 <http://blogs.wsj.com/wealth/2008/10/02/wealthy-are-afraid-they-ll-run-out-of-money/>

4 [http://www.venezuela-aktuell.de/index.php?option=com\\_content&task=view&id=701&Itemid=7](http://www.venezuela-aktuell.de/index.php?option=com_content&task=view&id=701&Itemid=7)

5 [http://www.nytimes.com/2008/09/28/weekinreview/28stone.html?\\_r=4&sq=bad%20billionaires&st=cse&oref=slogin&scp=1&pagewanted=print&oref=slogin&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2008/09/28/weekinreview/28stone.html?_r=4&sq=bad%20billionaires&st=cse&oref=slogin&scp=1&pagewanted=print&oref=slogin&oref=slogin)

6 <http://leninology.blogspot.com/2008/03/auguring-armageddon.html>

7 <http://www.monbiot.com/archives/2008/09/30/congress-confronts-its-contradictions/>

8 <http://www.federalreserve.gov/boarddocs/testimony/2001/20010125/default.htm>

tertür komme. Wenn die neoliberale Zeit ein politisches Anfangsereignis kennt, dann war es der 11. September 1973, an dem mit dem Putsch gegen die Regierung Salvador Allende in Chile die Türen für die neoliberalen Experimente der *Chicago Boys* geöffnet wurden. Die Verstaatlichung der quasi-privaten *Fannie Mae* und *Freddie Mac* mit ihren fünf Billionen Dollar Hypothekenkrediten, Vermögensanlagen und Verpflichtungen am 7. September 2008 (und das war die größte Einzelverstaatlichung in der Geschichte) läutet für die Gläubiger des Neoliberalismus das Ende dieses Experiments ein. Das soll natürlich nicht heißen, dass sie nicht bis zuletzt wie die Sinns<sup>9</sup> und Straubhaars<sup>10</sup> und Barbiers<sup>11</sup> von *Staatsversagen*, *Unfällen* oder *Bereinigungskrisen* reden und ihre Hände mit ihren eigenen Krokodilstränen in Unschuld waschen. Hans-Werner Sinn etwa in der FAZ v. 12.10.2008: »*Ich selbst bin seit langem überzeugt, dass die Regulierung zu lasch ist...Die jetzige Krise wäre im Übrigen vermeidbar gewesen. Sie basiert nicht auf einem grundsätzlichen Fehler des Kapitalismus, sondern liegt viel mehr in der Regulierung des amerikanischen Finanzsystems...Ich habe das nie für gesund gehalten.*« Und auch Hilmar Kopper erklärt in der ZEIT am 8.10.2008: »*Wir wissen doch alle, dass diese extrem hohen Gehälter uns keine Freude machen.*« Ein Jammer, echt.

## Grundlinien der Politik

Auf die Frage nach den Grundlinien der herrschenden Politik in dieser Krise gibt es vier Antworten.

Erstens haben in der Politik der Krisenlösung alte Ideologien und die Pflege der *Umverteilung*<sup>12</sup> Priorität. Und, nicht zu vergessen: es geht um Umverteilung *global*. Die verkehrte Welt soll bleiben, wie bisher: *Investors & Profits first*. Sie soll aber besser vermarktet werden – mit höherer Sozialverträglichkeit also. Was verstaatlicht wurde, soll profitabel aufgepöppelt wieder in den privatkapitalistischen Kreislauf transferiert werden. Es geht um Rekapitalisierung, nicht um Nationalisierung. Die vielfach beschworene Begrenzung der Gehälter operiert in den USA mit dem Schwamm-begriff »*appropriate*« (»*appropriate standards for executive compensation and corporate governance*«) was immer das auch sein mag. Immerhin: die *goldenen Fallschirme* werden im verabschiedeten Bailout-Plan II schlicht verboten. Schließlich hatten während der letzten fünf Jahre die 57

9 <http://www.faz.net/s/Rub58241E4DF1B149538ABC24D0E82A6266/Doc~E494F421C10D94F9C9E45520367479/B7E~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

10 <http://www.wiwo.de/finanzen/markt-oder-staat-wer-hat-versagt-308620/>

11 FAZ v. 10.10.2008 S.15

12 [http://extremeinequality.org/?page\\_id=8](http://extremeinequality.org/?page_id=8)

Top-Manager von AIG, Freddie Mac, Fannie Mae, Lehman and Goldman Sachs 2,1 Milliarden Dollar Gehalt erhalten<sup>13</sup>. Dazu gehörte auch nebenbei Finanzminister Henry Paulson, der in drei Jahren bei Goldman Sachs 82 Mio. \$ einnahm. Allein im letzten Jahr warfen die mittlerweile verschwundenen vier größten Investmentbanken 30 Mrd. \$ an Bonuszahlungen aus. Auf rund 27 Mrd. \$ dürften die Einnahmen jener Top-Manager sich belaufen, deren Firmen absehbar staatliche Bailout-Protektion beanspruchen. Die 50 Top-Manager der Hedge-Fonds und Private Equity Firmen nahmen 2007 im Schnitt 588 Mio. \$ ein - immerhin 19 000 Mal so viel wie der Durchschnittsverdienst des US-Arbeiters. Im August teilte das Government Accountability Office mit, dass zwei Drittel der US-Firmen zwischen 1998 und 2005 keine Einkommenssteuern bezahlt hatten. Hier wird also etwas kürzer zu treten sein.

Der zweite große Gedanke neben der Sicherung der Verteilungsverhältnisse ist die Beförderung und Garantie der finanzmarktgetriebenen *Akkumulation* durch Liquiditätssicherung, Säuberung des Marktes von »vergifteten« Papieren und Überlebenssicherung im Zweifel durch Verstaatlichung. So soll der Galopp der Insolvenz gestoppt werden. Hier agieren die Zentralbanken und Finanzministerien, sowie, bald auch die Wirtschaftsministerien mitsamt ihren Konjunkturprogrammen. Der vorgebliche »Exzess« der Finanzialisierung, darunter des Anschwellens der Finanzmärkte auf über 100 Billionen Dollar (1980: 4 Bio. \$), ist freilich nichts als ein Reflex von drei Jahrzehnten Umverteilung, in deren Verlauf die Kunst der hochprofitablen Anlage dieses ungeheuer angeschwollenen Kapitals zur gefragtesten Fertigkeit in der Welt der Ökonomie aufstieg. Hier geht es darum, auf die verselbständigte »Selbstregulierung« der neoliberalen Finanzökonomie wieder eine schwere Staatshand zu legen. *Vertrauen* – also die berühmte Risikobereitschaft – wird oktroyiert. Es bedarf der Regeln, von denen nun so viel die Rede ist. Sie sind nicht zweckfrei. Sie sollen den Eigentümern helfen, reicher zu werden.

Die dritte - zunehmend untergeordnete - Maxime ist **die Sicherung der Macht der Finanzmärkte und ihrer Repräsentanten**. Mittlerweile ist ja ein beträchtlicher Teil der herrschenden Klassen in der Welt und auch ihres Geldadels offenbar ziemlich sauer über die *mess*, welche (bei all ihren Verdiensten) die Finanzjongleure da angestellt haben - seit 1989 hat niemand so viel Sand ins Getriebe des modernen Kapitalismus gestreut wie dieser Tage die Fondsakrobaten und Hedge-Fonds-Verwalter. Hier ist das Agieren recht uneinheitlich - für die britische und deutsche politische Klasse gilt der Kurs

13 [http://www.businessweek.com/careers/managementiq/archives/2008/09/2\\_billion\\_pay\\_d.html?chan=top+news\\_top+news+index+-+temp\\_news+%2B+analysis](http://www.businessweek.com/careers/managementiq/archives/2008/09/2_billion_pay_d.html?chan=top+news_top+news+index+-+temp_news+%2B+analysis)

der möglichst schwachen Intervention, also Teilverstaatlichung ohne Kontrollbefugnisse. In den Worten des Finanzministers Alistair Darling<sup>14</sup>: »*Wir verstaatlichen die Banken nicht, und wir wollen auch keine öffentliche Kontrolle.*« Stimmrechtslose Aktien sozusagen. Da ist es wieder: diese politische Klasse ist eine *Diensklasse*.

Endlich soll dies alles viertens so arrangiert werden, dass die *Gesellschaft* auf die es ankommt und ihre *Politik* ordentlich **zusammenhalten**. Man verspricht Einlagegarantien und Return der Steuergelder. Im Moment scheint nur die Sache mit der Umverteilung noch richtig gut zu laufen und auch die schwere Staatshand ist unterwegs und wird noch kräftig gefordert werden – bis, am Ende, womöglich der autoritäre Kapitalismus einen globalen Auftritt hat. Der Kampf in den herrschenden Eliten ist in vollem Gange. Bislang aber ist eines sicher: das Ende der Wall Street, wie wir sie kannten – nicht nur in den USA. Und die Politik der Gesellschaft? Sie gerät in Bewegung.

## Staatseskapaden und Kräfteverschiebungen

Was aber ist nun mit den 700 Milliarden Dollar und vergleichbaren Engagements? Das scheint machbar - schließlich entspricht dies ziemlich exakt den bisherigen offiziellen Kosten des Irakkrieges<sup>15</sup>. Aber woher kommt eigentlich die Größe »700 Mrd. \$«, um die in den USA zwei Wochen lang gestritten wurde? Ganz einfach: »*Sie basiert nicht auf irgendwelchen besonderen Größenordnungen*« erklärte<sup>16</sup> eine Sprecherin des Schatzamtes der Zeitschrift *Forbes*, »*Wir wollten einfach eine wirklich große Zahl auswählen.*« Mittlerweile wurde sie faktisch bereits auf 900 Mrd. \$ aufgestockt. Immerhin: eine gewisse Verwandtschaft mit einer anderen Summe ist zu erkennen: am 24. 9.2008, also inmitten der Aufregung über die *Bailout*-Arrangements, winkte das Repräsentantenhaus mit lässigen 392 zu 39 Stimmen das »Verteidigungsbudget« in Höhe von 612 Mrd. \$ durch. Kein Wort in der Presse. Sage niemand, die *ruling classes* der USA seien in Panik! Schließlich gibt es schon weitaus tollere Eskapaden: der Staat der Iren<sup>17</sup> etwa mit seiner staatlichen Komplettdarstellung gegenüber den irischstämmigen Banken in Höhe von 400 Mrd. € und einem Bruttoinlandsprodukt von 148 Mrd. €. Was tun, wenn Euro-Irland pleite<sup>18</sup> geht? Wenn das verzweifelte Hasardspiel

14 [https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzkrise-Gordon-Brown-Nothilfeplan;art271\\_2631646](https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/Finanzkrise-Gordon-Brown-Nothilfeplan;art271_2631646)

15 [http://www.tomdispatch.com/post/174982/chalmers\\_johnson\\_the\\_pentagon\\_bailout\\_fraud](http://www.tomdispatch.com/post/174982/chalmers_johnson_the_pentagon_bailout_fraud)

16 [http://www.forbes.com/home/2008/09/23/bailout-paulson-congress-biz-beltway-cx\\_jz\\_bw\\_0923bailout.html](http://www.forbes.com/home/2008/09/23/bailout-paulson-congress-biz-beltway-cx_jz_bw_0923bailout.html)

17 [http://www.forbes.com/home/2008/09/23/bailout-paulson-congress-biz-beltway-cx\\_jz\\_bw\\_0923bailout.html](http://www.forbes.com/home/2008/09/23/bailout-paulson-congress-biz-beltway-cx_jz_bw_0923bailout.html)

18 <http://rebellmarkt.blogger.de/stories/1234656/>

Islands platzt? Was tun, wenn die dann folgenden vielen anderen Garantiezusagen der Griechen, Deutschen, Briten usw. plötzlich beansprucht würden?

Aber Grund zur Panik für das US-Finanzkapital gibt es fürwahr. Die FAZ vom 30.9. 2008 zeigt einen Grund: »522 Milliarden Dollar Verlust haben die Banken bisher laut der Nachrichtenagentur Bloomberg weltweit ausgewiesen. Dem steht ein Kapital von insgesamt nur 370 Milliarden Dollar gegenüber. Rund die Hälfte des kumulierten Verlustes - 263 Milliarden Dollar - entfällt allein auf die amerikanische Bankbranche bei einem Kapital von zusammen 184 Milliarden Dollar...Allein die asiatischen Geldhäuser sind von der Finanzkrise kaum betroffen: Ihren Verlust beziffert Bloomberg auf 24 Milliarden Dollar bei einem Kapital von 22 Milliarden Dollar.« Auch wenn diese Übersicht längst überholt ist, ist offenbar: nicht die »Konsolidierung« innerhalb des US-Finanzkapitals und die damit verbundene Verschiebung der Machtpositionen ist das Hauptergebnis der aktuellen Zuspitzung der Finanzkrise (die Bank of America Corp., J.P. Morgan Chase & Co. und die Citigroup Inc. hielten gemeinsam 21.4% aller US-Einlagen; die neuen Bank-of-America-Merrill-Lynch, JPMorgan-Chase-Bear-Stearns-WaMu und Citigroup-Wachovia halten nun 31.3%; die fünf Investmentbanken Bear Stearns, Merrill Lynch, Lehman Brothers, Goldman Sachs and Morgan Stanley sind verschwunden oder in »normale« Banken mutiert). Weitaus wichtiger ist, dass die asiatischen Banken ihre Stellung im internationalen Finanzsystem dramatisch verbessern. Während der US-Finanzminister auf die Knie fiel, spazierten chinesische Astronauten im Weltraum herum<sup>19</sup>.

## Ende des radikalen Marktliberalismus

Dass der US-Dollar als Leitwährung beschleunigt an Bedeutung verliert, ist ein Stück wahrscheinlicher geworden. Noch wahrscheinlicher aber scheint, dass sich mit der Finanzkrise die Laufzeit einer speziellen, hochriskanten und dramatisch unsozialen *variety of capitalism* unerwartet flott verkürzt hat. Seit 2007 wird immer deutlicher, dass die Sturmläufe des radikalen Marktliberalismus schwächeln. Seine zentralen Apparate, die Banken, Investoren, Rating-Agenturen, neoliberalisierten Finanz- bzw. Wirtschaftsministerien und der Sektor der *Schattenbanken* gerieten immer mehr außer Tritt. Im September 2008 brach die Krise offen aus und forderte ihre Opfer. Und die Lehman und Morgan, Brad-

ford & Bingley, Fortis und Dexia stolperten und fielen – den Todesstoß gaben ihnen übrigens milliardenschwere Hedgefonds und institutionelle Investoren. Die riesigen institutionellen Investoren (vor allem Pensionsfonds) flohen mit *Hunderten von Milliarden* in Schatzanleihen, den letzten sicheren Hafen. Im Oktober kündigte die britische Regierung dann gleich die Teilverstaatlichung von acht Banken an - das ganze europäische Bankensystem war binnen weniger Wochen in die Finanzkrise einbezogen worden.

Wenn die *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 5.10.2008 titelt »Der Staat rettet den Kapitalismus« dann geht es deshalb in Wirklichkeit um die Mobilisierung des Staates zur Reorganisation des in eine tiefe Krise gestürzten radikalen Neoliberalismus: mit Rettungsfonds, Verstaatlichung, Verlustübernahmen, Bürgschaften, Regulierungspolitiken. Der Staat ist wieder da? War er denn mal weg? Keineswegs. Nun aber soll er den radikalen Marktliberalismus retten – oder zumindest seine US-amerikanische Variante und ihre in der ganzen Welt (aber nicht überall) verstreuten Ableger. Es wird ja nicht wegen der Arbeitsplätze verstaatlicht, *da sei der Geldadel vor*. Zumal im FIRE-Sektor (Finance, Investment, Real Estate) auf den 41 % der Unternehmensgewinne entfallen, nur 8 % der Beschäftigten des Privatsektors arbeiten<sup>20</sup>.

Ein Jahr gleichsam herkömmlicher Regulierungsaktivitäten war außerstande, das Zusammenbrechen einer Haltelinie nach der anderen zu verhindern: die Überschwemmung des Marktes mit Liquidität half nicht, die Kreditmärkte verabschiedeten sich, die Banken stoppten die wechselseitige Kreditierung und das Interbankengeschäft wurde spekulativ durchlöchert, also teurer. Und endlich und vor allem: die Finanzierung des Unternehmenssektors bricht stückweise zusammen. Vielerorts droht nicht nur eine Kreditklemme, sie ist schon da. *Hier geht es nun an das Herz<sup>21</sup> des Finanzsystems*. Es ist noch nicht ersichtlich, dass die zahllosen »Rettungspläne« eine beständige Haltelinie aufbauen können, die diesem Zusammenbruchsprozess ein rasches und dauerhaftes Ende setzen könnte. In den USA wird sich die Immobilienkrise fortsetzen und die Kreditkartenkrise wird sich entfalten. Die Krise der Realwirtschaft ist schon da. Also: die Krise ist immer noch auf dem Weg, mit jener von 1929 zu konkurrieren. Aber: sie ist noch nicht so weit, wie der neoliberale Nobelpreisträger Gary S. Becker im *Wall Street Journal* beschwört<sup>22</sup>: »Obwohl dies die schwerwiegendste Finanzkrise seit der Großen

19 Die Marktkapitalisierung des Bankensektors fiel 2008 von 8,3 Bio. \$ auf 5,3 Bio. \$; die Aktienrendite war weit unterdurchschnittlich. J.P.Morgan Chase verbesserte sich im internationalen Ranking auf Platz 3 hinter der chinesischen ICBC und der britischen HSBC; auch Firmen wie Santander, BNP Paribas und Unicredit avancierten, s. manager-magazin v.9.10.2008

20 <http://radicalnotes.com/content/view/73/39/>

21 [http://www.rgemonitor.com/roubini-monitor/253853/financial\\_and\\_corporate\\_system\\_is\\_in\\_cardiac\\_arrest\\_the\\_risk\\_of\\_the\\_mother\\_of\\_all\\_bank\\_runs](http://www.rgemonitor.com/roubini-monitor/253853/financial_and_corporate_system_is_in_cardiac_arrest_the_risk_of_the_mother_of_all_bank_runs)

22 <http://online.wsj.com/article/SB122333679431409639.html>

*Depression der 30er ist, handelt es sich um eine weit- aus kleinere Krise, vor allem was ihre Wirkungen auf die wirtschaftlichen Leistungen und die Beschäftigung angeht. Die USA hatten in der Dekade von 1931 bis 1941 fast immer eine Arbeitslosigkeit von etwa 25 % und das Bruttosozialprodukt fiel scharf. Andere Länder hatten vergleichbare ökonomische Schwierigkeiten. Bislang ist das amerikanische Bruttosozialprodukt noch nicht gefallen und die Arbeitslosigkeit liegt nur knapp über 6 %. Beide Ziffern werden wahrscheinlich noch etwas schlechter werden, aber sie werden in keiner Weise jene der 30er erreichen.*« Tatsächlich: es geht um Krise, der japanischen Anfang der 90er vergleichbar, nicht um Kollaps.

## Die Politik in den USA vor den Wahlen

Die ignorante Politik der US-Notenbank Federal Reserve gegenüber der Blase des Immobilienmarktes, viel mehr aber noch die Expansion weitgehend regulierungs-resistenter finanzieller Institutionen und Instrumente (Hedge-Fonds etc.) und endlich die fehlende staatliche Kontrolle existierender finanzieller Einrichtungen werden in dem beschlossenen Plan kaum thematisiert und erst recht werden keine deutlichen Wege zur grundlegenden Revision der internationalen Finanzarchitektur geöffnet – z.B. strategische Zurückdrängung des Investmentbankings, internationale Kreditregister, Verbot spekulativer Geschäftsmodelle, Einführung von Transaktionssteuern, Stärkung des öffentlichen Bankensektors und öffentlicher Bewertungseinrichtungen, im Krisenfall Zugriff auf *alle* unternehmenseigenen Datensätze (Vertrauen!), Verbot der 2,1 Billionen \$ umfassenden Hedge-Fonds-Industrie etc.<sup>23</sup>

Von einer neuen US-Administration sind solche Lösungen der Grundprobleme der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zu erwarten – auch nicht von einer Obama-Regierung – es sei denn, die galoppierende Krise verändert die globalen und inneren politischen Kräfteverhältnisse so massiv, dass sie einfach nicht anders können. Auch mit einer Offensive der Obama-Demokraten gegen die Lieblingsprodukte des Neoliberalismus (Steueroasen, »private Vorsorge« etc.) ist gegenwärtig nicht zu rechnen. Immerhin ist der 700-Milliarden-Dollar-Plan der Bush-Administration von vielen Demokraten und US-Linken deshalb kritisiert worden, weil er unausgewogen sei: in Sachen Demokratie wie Verteilung. Soviel ist richtig: in Fortsetzung der unter Nixon fabrizierten imperialen Präsidentschaft hat sich unter Bush eine krasse Autonomisierung der Exekutive herausgebildet,

die im Paulsonschen geradezu diktatorischen fiskalischen Machtzugriff (»*power grab*«)<sup>24</sup> fortgesetzt und kaum gebremst wurde: »*Entscheidungen des Ministers entsprechend der Autorität dieses Gesetzes unterliegen keiner Überprüfung, sind geheim und dürfen durch kein Gericht oder Staatsorgan überprüft werden*«<sup>25</sup>. Im Plan II ist dieser Trend gestoppt worden: der Kongress brachte sich ins Spiel. Ein Fortschritt<sup>26</sup>. In Sachen Verteilung war die Linie der Demokraten einfach: Nicht nur die Banken müssten gerettet werden, sondern *auch* die Kleineigentümer, schließlich ist in dieser Dekade der Anteil der US-BürgerInnen, die sich zu den *Have-Nots* zählen und die Vermögens- wie Einkommensverteilung in ihrem Land für ungerecht halten kontinuierlich gestiegen<sup>27</sup>. Dafür gibt es gute Gründe:<sup>28</sup> »*Amerikanische Manager verdienen im Jahr 2005 411 mal so viel wie der durchschnittlich verdienende Arbeiter – 1990 war es noch 107 mal so viel.*« In diesem Jahrzehnt stieg erstmals das durchschnittliche Familieneinkommen nicht mehr. 3,6 Millionen Amerikaner haben seit Beginn der Immobilienkrise ihre Häuser verloren. Sie sind hoch verschuldet. Das knapp gewordene Land und das Haus brachten unerwartet keine Preiszuwächse mehr, die in Kredite umgesetzt werden konnten: der *housing bubble* war da. Zwischen Mitte 2000 und 2004 nahmen amerikanische Haushalte Hypotheken im Wert von drei Billionen \$ auf.<sup>29</sup> 2007 hatte die Blase ihren Höhepunkt. Dann platzte sie. In den letzten zwei Jahren verfielen die Preise um 20 %. Clevere Hedgefonds-Manager wie John Paulson von Paulson & Co. wetteten auf Baisse und machten schicke 3.7 Mrd. \$ in einem einzigen Jahr. Die Belastung dieser Kleineigentümer zu senken ist ökonomisch sinnvoll, ja ein Schlüssel zur Krisenlösung, wie Robert Brenner in einer aktuellen Debatte betonte<sup>30</sup>. Doch die Krise des Immobilienmarktes zu lösen, wird die nächste Präsidentschaft überdauern, wie Galbraith zeigt<sup>31</sup>. Schließlich sind von den rund sechs Millionen Hypothekenverträgen mindestens 40 % tendenziell nichts mehr wert, wie George Soros schätzte.

<sup>23</sup> [http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand\\_20082010/beschluesse/sofortprogramm\\_zur\\_stabilisierung\\_und\\_reform\\_der\\_finanzmaerkte/](http://die-linke.de/partei/organe/parteivorstand/parteivorstand_20082010/beschluesse/sofortprogramm_zur_stabilisierung_und_reform_der_finanzmaerkte/)

<sup>24</sup> [http://www.nytimes.com/2008/09/29/business/29bill.html?\\_r=2&adxnml=1&oref=slogin&adxnmlx=1223144637-jrRnw2hgbZbkIpLa5NAIAQ&oref=slogin](http://www.nytimes.com/2008/09/29/business/29bill.html?_r=2&adxnml=1&oref=slogin&adxnmlx=1223144637-jrRnw2hgbZbkIpLa5NAIAQ&oref=slogin)

<sup>25</sup> [http://money.cnn.com/2008/09/20/news/economy/treasury\\_proposal/index.htm](http://money.cnn.com/2008/09/20/news/economy/treasury_proposal/index.htm)

<sup>26</sup> [http://www.prospect.org/cs/articles?article=how\\_much\\_will\\_it\\_cost\\_and\\_will\\_it\\_come\\_soon\\_enough](http://www.prospect.org/cs/articles?article=how_much_will_it_cost_and_will_it_come_soon_enough)

<sup>27</sup> <http://blogs.wsj.com/wealth/2008/07/31/does-america-have-a-case-of-wealth-envy/>

<sup>28</sup> <http://www.demos.org/inequality/numbers.cfm#3>

<sup>29</sup> William K. Tabb: The Financial Crisis of U.S. Capitalism, Monthly Review 10.10.2008, <http://mrzine.monthlyreview.org/tabb101008.html>. Im selben Zeitraum lieh sich der private Sektor der USA denselben Betrag – von der übrigen Welt. Zwischen 1/3 und der Hälfte der Hypotheken wurde mit ausländischem Geld finanziert. Auch daher die Probleme vieler europäischer Banken.

<sup>30</sup> <http://a4.g.akamai.net/7/4/27043/v0001/kalw.download.akamai.com/27043/YourCall/093008yc.mp3>

<sup>31</sup> <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/09/24/AR2008092403033.html>

Rund 15 % der US-Bevölkerung stehen mit ihren Hypotheken bereits bis zum Kopf im Wasser.

## Geld & Politik

Ein paar Wochen vor den Wahlen beißen weder McCain noch Obama ihre Wähler und schon gar nicht die Hände ihrer Sponsoren, von denen mehr als eine Handvoll auch im Schlamassel stecken: schließlich kommt ein Drittel der Wahlkampfmittel der Parlamentarier, die den einschlägigen Kontrollgremien im Senat und House vorstehen, aus dem Finanzsektor<sup>32</sup>. Die Hand ist freilich noch etwas gewichtiger: »Seitdem die Welle der Deregulierung in den 1990ern begann, hat die Finanzindustrie fast 600 Mio. \$ an beide Parteien gespendet und ihre Gelder fast hälftig geteilt.«<sup>33</sup> Kein Sektor spielt bei der Finanzierung des Präsidentschaftswahlkampfes eine vergleichbare Rolle (gegenwärtig 115 Mio \$)<sup>34</sup>. Seit 2001 finanzierten Bear Stearns, Goldman Sachs, Lehman Brothers, Merrill Lynch, Morgan Stanley, American International Group und Fannie Mae sowie Freddie Mac die Wahlkämpfe beider Parteien mit 64,2 Mio. \$. Für die Demokratische Partei und Obama, deren Hauptfinanzier der Finanzsektor ist, verbietet sich jeder politische Biss. Die wirkliche strukturelle Lösung der völligen Nationalisierung der »systemrelevanten« Banken (Brad deLong) ist weit jenseits des politischen Horizonts der Demokratischen Partei. Es geht um Rekapitalisierung, nicht um Nationalisierung. Ähnlich wie in Mexiko, Frankreich, Schweden und Japan sollen nach erfolgter Neukapitalisierung die Staatsanteile an den Banken wieder an Private verkauft werden<sup>35</sup>. Die Übernahme des weltgrößten Versicherungskonzerns AIG mit 65 Mrd \$ war »begrenzt« auf knapp 80 % der Eigentumstitel – so konnte das »conservatorship« statt »Nationalisierung« genannt werden. Zu diesem Bild gehört auch, dass Goldman Sachs anders als Lehman nicht verscherbelt wurde: schließlich ist die auslaufende Bush-Administration voller Fachleute<sup>36</sup> der Firma. Zu allem Überfluss kommt Ed Forst, der den Plan im Finanzministerium auf Bitten Paulsons (vormals Goldman Sachs) führend ausheckte, von - naja - Goldman Sachs. Das McCain-Wahlkampfteam ernährt<sup>37</sup> 83 vormalige Lobbyisten

32 <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/09/24/AR2008092403033.html>

33 [http://www.inthesetimes.com/article/3932/the\\_700\\_billion\\_questions/](http://www.inthesetimes.com/article/3932/the_700_billion_questions/)

34 <http://www.opensecrets.org/pres08/sectorall.php?cycle=2008>

35 S. Rafael La Porta, Florencio Lopez-de-Silanes, and Andrei Shleifer: Government Ownership of Banks, in: *The Journal of Finance*, Nr. 1 (Feb. 2002), S. 265-301, wonach im letzten Jahrhundert rund ein Drittel aller Banken staatlich waren. Zur linken Differenz: Dan La Botz: The Financial Crisis: Will the U.S. Nationalize the Banks? In: *Monthly Review* 28.9.2008 [http://www.monthlyreview.org/mrzine/labotz280908.html#\\_ednref5](http://www.monthlyreview.org/mrzine/labotz280908.html#_ednref5)

36 <http://www.rainer-rilling.de/blog/?p=96>

37 [http://www.inthesetimes.com/article/3932/the\\_700\\_billion\\_questions/](http://www.inthesetimes.com/article/3932/the_700_billion_questions/)

des Finanzsektors und McCains ökonomischer Guru ist Phil Gramm, der zum Spitzenpersonal der einschlägig vorbelasteten UBS gehört, die bislang 18 Mrd. \$ *subprime loans* abschrieb. Gramms UBS-Boss Robert Wolf gehörte übrigens lange zum Wahlkampfteam Obamas (Obama: »*Look. I am a pro-growth, free-market guy. I love the market*«), dessen Chicago-Boys-Beratergruppe<sup>38</sup> (Naomi Klein) bei linken Obama-Kritikern ebenso notorisch zitabel wurde wie seine interventionsfreudigen Berater<sup>39</sup> für die Außenpolitik. Obamas Politik zielte ursprünglich bestenfalls auf eine Veränderung des Gesundheitssystems, eine andere Energiepolitik und einen multilateral agierenden Liberalimperialismus. Er war hier weit entfernt von radikalen Lösungen: Steuer-senkungen und keine allgemeine Krankenversicherung sind seine Lösungen, die Joffe als pragmatisch<sup>40</sup> feierte. Als die Finanzkrise explodierte, verzichtete die demokratische Partei darauf, der schwedischen Lösung ihrer Bankenkrise in den 90ern zu folgen, die eine Politik der klaren und trennscharfen Nationalisierung betrieb, an deren Ende eine weitgehende Reprivatisierung kapitalstarker Banken stand (und sicherlich kein schwedisch-sozialistisches Finanzsystem). Diese Orientierung griffen dann die verschiedenen europäischen Politiken der Teilverstaatlichung auf, die sich Anfang Oktober 2008 durchsetzten. Erst dann optierte auch mit großer Reserve die US-Administration für diese Variante mit der Ankündigung vom 14.10.2008, sich mit 250 Mrd. \$ in US-Banken einzukaufen. Nirgends ist dabei aber davon die Rede, dass die Politik einer zukünftigen Administration auf eine *Veränderung der Organisation und Funktionsweise* des neuen riesigen staatlichen Eigentums (Fannie Mae, Freddie Mac, AIG etc.) zielen würde, wodurch sein kapitalistischer Charakter zurückgedrängt könnte – eine geradezu absurde Annahme.

## Ursachen und Folgen

Hier nähert man sich auch einer Ursachenanalyse, die Martin Wolf von der FT<sup>41</sup> am 23.09. vortrug: »*Der Gesamtumfang der Verschuldung in den USA stieg von bloß 163 % des Bruttosozialprodukts im Jahr 1980 auf 346 % im Jahr 2007. Gerade zwei Sektoren der Wirtschaft waren für diesen massiven Anstieg verantwortlich: die Haushalte, deren Verschuldung von 50 % des BSP (1980) auf 71 % (2000) und 100 % (2007) anstieg; und der Finanzsektor, dessen Verschuldung von nur 21 % des BSP (1980) auf 83 % (2000) auf 116 %*

38 <http://www.thenation.com/doc/20080630/klein>

39 <http://www.connectusfund.org/obama>

40 <http://www.zeit.de/2008/41/Zeitegeist-41>

41 [http://www.ft.com/cms/s/a09b317e-898d-11dd-8371-0000779fd18c,Authorised=false.html?\\_i\\_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2Fa09b317e-898d-11dd-8371-0000779fd18c.html%3Fnclick\\_check%3D1&\\_i\\_referer=&nclick\\_check=1](http://www.ft.com/cms/s/a09b317e-898d-11dd-8371-0000779fd18c,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2Fa09b317e-898d-11dd-8371-0000779fd18c.html%3Fnclick_check%3D1&_i_referer=&nclick_check=1)

(2007) sprang.« Beide Krisenquellen müssen angegangen werden - und werden nicht wirklich getroffen durch den gegenwärtigen »Plan«, denn ihm liegt eine andere Krisendiagnose zugrunde. Sonst wäre klar geworden, dass das amerikanische Kapital seit den 70ern eine jahrzehntelange Stagnation der Löhne durchsetzte und ebenso lange eine einfache Lösung des Problems realisierte, wie denn dann weiterhin Kaufkraft und damit Konsum gesteigert werden könnte: es lieh der Arbeiterklasse das Geld. Diese verschuldete sich auf historisch einmalige Weise – und konnte daher trotz stagnierender Löhne dennoch konsumieren, etwa sich ein Haus als Altersversorgung anschaffen, auf Pump natürlich - und die Hypotheken auf das Hauseigentum ermöglichten die Aufnahme neuer Schulden.<sup>42</sup> Das Kapital verdiente doppelt. 2007/8 war diese Schuldenpyramide zu hoch geworden. Just im September ist die Gesamtverschuldung der USA<sup>43</sup> - die beim Amtsantritt von Bush II bei 5,7 Bio. \$ lag - auf über 10 Bio. \$ gestiegen (ohne Bailout). »Es waren nicht einfach Fehler unfähiger Banker oder »Gier« welche die Krise produzierten, sondern die Versuche durch Verschuldung die stagnativen Tendenzen der Ökonomie zu überwinden. Genau diese strukturelle Frage – eine Ökonomie, die wachstumsunfähig war ohne sich auf einen großen Aufbau von Schulden und spekulativer Finanzpapieren zu stützen – wird nicht ins Blickfeld genommen.«<sup>44</sup>

Drei *markets of last resort* sind den USA als Bastionen ihres Empire verblieben: der *Finanzmarkt*, dessen Stellung sprunghaft gemindert wird; der *Markt der militärischen Macht*, in dem sie seit 1945 und weiter unbestritten dominieren, dessen politische Effizienz aber kontinuierlich sinkt; und der Markt der von ihnen vor über einem Jahrhundert erfundenen *Konsumgesellschaft* - und da verlieren sie täglich an Boden gegenüber dem chinesischen Konkurrenten. Die Perspektiven des American Empire beginnen sich zu verdüstern. John Gray schreibt<sup>45</sup> im Guardian vom 28-9-2008: *The era of American global leadership, reaching back to the Second World War, is over.*

42 S. die Analyse von Rick Wolff: Capitalist Crises, Marx Shadow, in: Monthly Review v. 26. 09. 2008 <http://www.monthlyreview.org/mrzine/wolff260908.html>. Die US-Haushalte geben jetzt mit 14 % ihres verfügbaren Einkommens mehr für den Schuldendienst als für Lebensmittel (13 %) aus! Die Darlehen der Studenten betragen 1996/7 zwei Mrd. \$ und 2006/7 17 Mrd. \$.

43 <http://delong.typepad.com/sdj/>

44 William K. Tabb: The Financial Crisis of U.S. Capitalism, Monthly Review 10.10.2008, <http://mrzine.monthlyreview.org/tabb101008.html>.

45 <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/sep/28/usforeignpolicy.useconomicgrowth>

## Und die Linke?

Viele linke Organisationen, Einrichtungen, politische Annahmen und (Re-)Aktionsmuster entstanden im der Zeit der Blüte des Neoliberalismus. Die hier Agierenden oder gar Beschäftigten haben einen Großteil ihrer politischen Lebenszeit unter der Hegemonie seiner Praxis, Kultur und Problemstellungen für die Linke gelebt und gearbeitet. *Geht nun diese Zeit zuende? Ja, sie geht zu Ende. Was bleibt, ist offen.*

Jedes Ende dauert. Die aktuelle Krise – und sie ist eine der großen Krisen in der Geschichte des Kapitalismus - baute sich in anderthalb Jahren sukzessiv auf. Die Macht und ihr Unterbau sind drei, vier Jahrzehnte alt. Sie schwindet nicht so einfach - aber die gewisse Leichtigkeit einer Hegemonie: sie ist definitiv dahin. Welchen Charakter hat dieses außerordentliche Ereignis, das bislang als Finanzmarktkrise bezeichnet wird? Ist dies eine »finale« Krise des Neoliberalismus? Was bleibt von ihm? Was wird kommen? Reicht die Vermutung einer neuen Hochzeit autoritärer Staatlichkeit aus? Wie soll man sich einen autoritären Kapitalismus auf den massiven Trümmern des Neoliberalismus vorstellen? Zerbricht die Finanzmarktkrise die noch vorhandenen großen Stücke des Vorsorge-, Wohlfahrts- und Sozialstaats? Wie wird das soziale Kapital und wie das Kapital fürs Soziale aus dieser ungeheuren Kapitalvernichtung herauskommen? Wird die »Rekapitalisierung« des Finanzkapitals den Staat auf seine Gewaltstruktur skelettieren? Ist nicht *bailout* sondern *sellout des Staates* das Wort der Stunde? Oder ist dies etwa eine große Krise, deren Folgen klein gehalten werden können? Die neuartigen Befestigungen privater Macht, Ressourcenungleichheit und privater Gewaltpotentiale des neoliberalen Geldadels haben, wie Krysmanski<sup>46</sup> im Detail elaboriert hat, ihre eigenen Ressourcen und werden durch die Lehman-Pleiten nicht grundsätzlich tangiert. Welche neuen Konfliktlinien entstehen also? Plötzlich tauchen grundlegende Fragen auf.

Und: das Wissen um die Wirkungen solcher Krisen existiert in der Bevölkerung. Da das »Verhetzungspotential« (FAZ 10.10.2008) ununterbrochen steigt, fordert die Macht auf, buchstäblich stillzuhalten. Präventiv operiert sie mit Angst-Mache und droht mit der Perspektive der Verelendung - die ja für Millionen bereits beginnt realistisch zu werden. Dazu kommt die eigene Angst: sie versucht verzweifelt, das Kapital zusammenzuhalten, wieder die Kontrolle über den Prozess zu erlangen und die Desintegration der Gesellschaft zu verhindern. Hat die »*politics of fear*« erst angefangen? Im Moment dominiert das Feuerwehrpersonal: saubere

46 <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/global-texte/globalws0708.htm>

Bankers (Ackermann, Buffet, Strauss-Kahn), Kontrollmaschinen (Sakorzy, Steinbrück) und Beruhigungsexperten (Merkel, Berlusconi). Diese Aufgabe okkupiert fast alles. Ob die Banker die Republik »nach links« (FAZ 9.10.) verschoben haben, ist offen. **Aber seit den frühen 70ern hat sich die politische Rechte und hat sich die liberale oder rechte Sozialdemokratie nicht mehr so vor einer potentiellen Linken gefürchtet wie heute, wie seit drei, vier Wochen. Sie interpretiert diese Entwicklung als eine große, historische Chance für die Linke**<sup>47</sup>.

## Die Öffnung zu einer neuen linken Ära?

Die »Macht« versucht, die Krise zu lösen und zu verhindern, dass sich der ungeheure Legitimationsverlust (Rolle des Staates) ausweitete *in a new long left era*. Sie stemmt sich gleichsam gegen das »politische Pendel«<sup>48</sup> (Rick Wolff). Ihre Verteidigungslinien werden gezogen, Zwischenlösungen probiert. Es ist die Zeit der Hybride. Ihre Hauptinstrumente sind positive Krisenlösung durch Korrektur und Staatseinsatz, Rettung ihrer sozialen Basis, Verelendungs- und Angstpolitik. Ihre *Bailouts* und *Rekapitalisierungen* schaffen keine Arbeitsplätze. Ihre Politik ist getragen vom alten, eben neoliberalen *spirit* des Finanzialismus, der in den letzten Jahrzehnten die Kultur des *kapitalistischen Staates* geprägt hat: die Realwirtschaft kümmert sie (noch) nicht sonderlich, Jobs erst recht nicht, *was ist schon Hartz IV gegen Hypo Real?* Das ist wahrlich kein *financial socialism*<sup>49</sup>, von dem Richard Sennett in der FT jetzt schreibt. Das ist *capitalist state at its best*. In der Linken befestigt sich aber die Annahme, dass **die Dynamik in Richtung auf eine Ausweitung der Finanzmarktkrise in eine Weltwirtschaftskrise ungebrochen ist. Das aber würde bedeuten, dass wir auf die erste große soziale Krise des 21. Jahrhunderts zusteuern.** Die zentrale linke Option in der jetzigen Situation ist evident: Wenn der Staat im Oktober über zwei **Billionen** Dollar (FAZ vom 16.10.2008) mobilisieren kann, um das private Finanzsystem zu reparieren, kann er ebenso kurzerhand diese Ressourcen für zukunftsfähige Lösungen gesellschaftlicher Probleme einsetzen - *Billionen Gesellschaftskapital also*.

Stimmen diese Gedanken? Was kann die Linke von der aktuellen Mobilisierung des Finanzstaates lernen? *Wie*

47 S. Holger Steltzner: Die Krise und die Folgen, in: FAZ v.10.10.2008.

48 <http://mrzine.monthlyreview.org/wolff051105.html>

49 [http://www.ft.com/cms/s/22c67e70-947d-11dd-953e-000077b07658,Authorised=false.html?\\_i\\_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2F22c67e70-947d-11dd-953e-000077b07658.html%3Fclick\\_check%3D1&\\_i\\_referer=&nlick\\_check=1](http://www.ft.com/cms/s/22c67e70-947d-11dd-953e-000077b07658,Authorised=false.html?_i_location=http%3A%2F%2Fwww.ft.com%2Fcms%2Fs%2F0%2F22c67e70-947d-11dd-953e-000077b07658.html%3Fclick_check%3D1&_i_referer=&nlick_check=1)

*muss der finanzialisierte kapitalistische Staat verändert werden?* Wie verhindert sie einen selbstmörderischen Linksetatismus? Wie setzt sie praktikable Differenzen in der Staatlichkeit und zu ihr? Wie unterscheidet sie sich von denen, die nun plötzlich in jeder Talkshow ihr nachplappern? Bislang plädiert sie für einen stärkeren Interventionismus in den Finanzmarkt, massive Umverteilung nach unten (also »Gleichheit«). **Radikale Realpolitik aber geht, in der Situation des neoliberalen Bruchs, auf mehr: »Garantie« (Merkel) der sozialen Infrastruktur und der globalen sozialen Rechte. Wenn mit Billionen der Finanzmarkt garantiert werden kann, dann kann auch soziale Gleichheit garantiert werden.** Die Linke beginnt nur sehr langsam, sich aus ihrer Schockstarre zu lösen. Sie versucht sich zu verständigen, was sie wissen muss, um handeln zu können. Was ist? Wohin geht es? Was tun? Wenn diese Erwägungen also zutreffen - hat die Linke eine qualitativ neue Chance? Wohin soll sie sich verändern? Was soll sie tun? Wie kommt sie zusammen? Wie organisiert sie ihr Wissen? Wie operiert sie international? Schluss mit dem Trott.

**Der Autor:** Rainer Rilling ist Hochschullehrer für Soziologie an der Universität Marburg und wissenschaftlicher Referent im Bereich Politikanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung.

Web: [www.rainer-rilling.de](http://www.rainer-rilling.de)

Mail: [rilling@rosalux.de](mailto:rilling@rosalux.de)